



CVP Kanton Luzern

Resolution zur Energie- und Klimapolitik sowie zur Volksinitiative „gegen die Abzockerei“

Energie- und Klimapolitik - Atommausstieg

Ausgangslage: Nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima kann die Politik nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die Katastrophe hat gezeigt, dass die Risiken der Kernenergie unkalkulierbar sind und unsere Lebensgrundlagen zerstören können. Als Sofortmassnahme hat Bundesrätin Doris Leuthard umgehend die Sicherheitsüberprüfung aller Schweizer Kernkraftwerke angeordnet. Sollte ein geprüftes Kraftwerk die Sicherheit nicht gewährleisten können, ist der Betrieb sofort einzustellen. Am 25. Mai hat der Gesamtbundesrat beschlossen, aus der Atomenergie auszusteigen. Demnach sollen in der Schweiz keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut werden. Das heisst, dass die bestehenden Kraftwerke Schritt für Schritt ausser Betrieb genommen werden. Nach heutigem Kenntnisstand geht man davon aus, dass das letzte Kernkraftwerk im Jahr 2034 vom Netz geht. Um mittelfristig nicht vom Strom ausländischer Atom- oder Kohlekraftwerken abhängig zu werden, ist die inländische Energie- und Klimapolitik grundlegend zu überdenken.

In Kenntnis dieser Ausgangslage formuliert die CVP Kanton Luzern folgende Position:

Die CVP Kanton Luzern unterstützt die Haltung des Bundesrates, keine neuen Atomkraftwerke mehr zu bauen und damit schrittweise aus der Atomenergie auszusteigen. Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der Produktion von Energie aus einheimischen erneuerbaren Energieträgern sind entschlossen zu fördern. Das macht die Landesversorgung unabhängiger und sicherer, stärkt die einheimische Wirtschaft und minimiert die negativen Umwelteinflüsse.

Volksinitiative „gegen die Abzockerei“

Ausgangslage: Masslosigkeit bei Löhnen und Boni untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Wirtschaft und gefährdet den sozialen Frieden in der Schweiz. Die Volksinitiative "gegen die Abzockerei" will überhöhte Gehälter des obersten Managements von börsenkotierten Aktiengesellschaften einen Riegel schieben. Die Aktionärinnen und Aktionäre sollen nach dem Willen der Initianten vermehrt auf die Personal- und Vergütungspolitik des obersten Kadern Einfluss nehmen können. Die CVP-Fraktion hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Der Gegenvorschlag verlangt u.a. eine Bonussteuer (für Löhne ab drei Millionen Franken) zur Verhinderung von Lohnexzessen. In der Frühlingssession hat der Nationalrat beschlossen, auf den Gegenvorschlag der CVP nicht einzutreten. Die parteipolitisch motivierte Verzögerungstaktik und die Versuche, die Abstimmung zeitlich zu verschleppen sind absolut unverständlich und sorgen nur noch für Kopfschütteln. Im Positionspapier Wirtschaft hat die Luzerner Kantonalpartei festgehalten: „Wir lehnen die Abzockerei konsequent ab und wollen deshalb die Aktionärsdemokratie stärken.“

In Kenntnis dieser Ausgangslage formuliert die CVP Kanton Luzern folgende Position:

Die CVP Kanton Luzern unterstützt die Volksinitiative „gegen die Abzockerei“. Eine Neubeurteilung wird einzig dann vorgenommen, wenn sich das Parlament doch noch zu einem griffigen Gegenvorschlag gemäss CVP-Modell durchringen kann. Die Vorlage ist so schnell wie möglich dem Volk vorzulegen.